

Antragstext

1 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

2 Inhalt

3 Stand: 201117

4 I) Zusammenfassung

5 II) Ausgangslage

6 1) Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

7 2) Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

8 3) Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders schwierig

9 III) Unsere Ziele im Strombereich:

10 100 % erneuerbar, möglichst dezentral und in Bürgerhand

11 IV) Was wir ändern wollen

12 1) Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

13 2) Effizienzpotenziale heben

14 3) KWK in Bayern mehr nutzen

15 4) Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur in Bayern

16 5) Netze anpassen

17 6) Speicherkapazitäten errichten

18 7) Flexibilitäten entwickeln

19 8) Sektorenkopplung anschieben

20 9) Staat und Kommunen werden Vorbilder

21 10) Bürgernahe Beratung

22 10) Die Energiewende – Eine Frage der Gerechtigkeit und Zusammenarbeit

23 11) Rahmenbedingungen ändern

24 V) Global denken, lokal handeln

25 I.) Zusammenfassung

26 Die Energiewende, also die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien, ist
27 die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz. Sie ist -neben dem Wandel zu
28 einer Kreislaufwirtschaft das Kernstück einer großen Transformation hin zu einer
29 klimaverträglichen und nachhaltigen Wirtschaft. Unser Vorteil: Technisch sind
30 bei der Energiewende alle Fragen weitgehend gelöst. Uns stehen alle
31 Möglichkeiten offen. Jetzt gilt es anzupacken.

32 Angesichts der deutlich spürbaren Klimaveränderungen und der Zukunftsprognosen,
33 die bisher alle noch übertroffen wurden, ist es höchste Zeit, das Tempo bei der
34 Energiewende zu erhöhen. Dabei geht es um alle Bereiche, in denen Treibhausgase
35 emittiert werden, also um Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und den Strombereich.

36 Das vorliegende Konzept konzentriert sich auf den Bereich Strom. Weitere
37 Detailkonzepte z.B. zu Wärme bzw. Kälte, Klimaschutz und Energiewende folgen.

38 Bayern liegt mit seinen Klimaschutzbemühungen weit unter dem Bundesdurchschnitt.
39 Seit 1990 wurden in Bayern gerade einmal 12,5 % Treibhausgasemissionen
40 eingespart. Das ist ein Scheitern auf ganzer Linie. Die Staatsregierung hat sich
41 jahrelang auf dem hohen Atomstromanteil ausgeruht, bremst die Energiewende und
42 setzt nun vor allem auf Stromimporte, egal welcher Art. Das ist nicht unser
43 Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2030 100 % Strom aus Erneuerbaren Energiequellen,
44 möglichst dezentral und in Bürgerhand.

45 Dazu benötigen wir schnell deutlich mehr Erneuerbare Energien und einen
46 effizienteren Umgang mit Energie. Schädliche Kraftwerke können nicht nur
47 schneller stillgelegt werden, sondern sie müssen es auch. Denn sie behindern die
48 Systemumstellung auf 100 % Erneuerbare Energien. Das neue Stromsystem braucht
49 auch eine andere Infrastruktur. Der Umbau der Stromnetze und der Aufbau von
50 Stromspeichern sind Grundlage dafür, mit dem im Tages- und Jahresverlauf
51 schwankenden Stromangebot aus Wind und Sonne gut umgehen zu können. Die Rolle von
52 Kraft-Wärme- Kopplungsanlagen wird sich in einem System mit überwiegend
53 erneuerbaren Energien ebenfalls ändern. Kraft-Wärme- Kopplungsanlagen, welche
54 aufgrund von Wärmeauskopplung im Winter weitgehend Must-Run Anlagen sind,
55 blockieren zunehmend die Stromnutzung aus erneuerbaren Energien. Dies ist bei
56 Neukonzeption von KWK Anlagen auf Basis fossiler Brennstoffe zu bedenken.

57 Bayern hat die besten Voraussetzungen eine echte Vorreiterrolle einzunehmen. Wir
58 haben eine Vielzahl von Möglichkeiten jetzt den Hebel auf 100 % Erneuerbare
59 Energien umzustellen. Es braucht jetzt aber dafür eine 100 %ige politische
60 Unterstützung, vernünftige rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen,
61 vorbildliches Handeln der staatlichen Stellen und eine Förderung der vielen
62 Bürger*innen, die selbst in die saubere Stromversorgung der Zukunft investieren
63 wollen. Dann kann die Vision eines klimaneutralen Wirtschaftens Realität werden.

64 II. Ausgangslage

65 1. Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

66 Die Stromversorgung in Bayern ist in einem massiven Umbruch. Vor 10 Jahren wurde
67 noch fast 60 % des in Bayern verbrauchten Stroms in Atomreaktoren produziert. Im
68 Jahr 2020 wird der Anteil bei etwa 25 % liegen und in zwei Jahren geht der
69 letzte der beiden noch in Betrieb befindlichen gefährlichen Reaktoren endgültig
70 vom Netz.

71 Mit der Stilllegung der Atomkraftwerke sinkt die Eigenstromerzeugung Bayerns und
72 der Freistaat wird mehr und mehr zum Stromimportland. Wurden die ersten
73 Atomkraftwerke noch locker von den erneuerbaren Energien ersetzt, die am Anfang
74 des Jahrzehnts einen großen Boom erlebten, hat sich nun die Situation gedreht.

75 Dies hat neben dem Atomausstieg vor allem drei Gründe:

- 76 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien lahmte in Bayern: die Photovoltaik ist
77 in den Jahren nach 2012 stark eingebremst worden und erholt sich nur
78 langsam. Die Windkraft liegt nach einem kurzen Boom (2014 bis 2016)
79 danieder; die Kombination aus 10H-Regelung und bundesweiten
80 Ausschreibungsbedingungen macht den Neubau nahezu unmöglich.
81
82 Bei Wasserkraft und Biogasanlagen sind die Potenziale weitestgehend
83 ausgeschöpft. Es ist zu erwarten, dass bei Biogas die erzeugte Strommenge
84 in nächster Zeit zurückgehen wird. Und last but not least: die
85 Staatsregierung hat ihre Ausbauziele für die Erneuerbaren für 2025 soweit
86 heruntergeschraubt, dass sie im Grunde schon jetzt erfüllt sind. Ziele für
87 die Zeit nach 2025 hat die Staatsregierung nicht aufgestellt.
- 88 • Die bestehenden Gaskraftwerke erleben gerade eine überraschende
89 Renaissance. Durch stark gefallene Erdgaspreise auf dem Weltmarkt und
90 gestiegene Preise beim Emissionshandel haben die Gaskraftwerke häufiger
91 einen Vorteil gegenüber (Stein-) Kohlekraftwerken. So werden z.B. die
92 Gaskraftwerke in Irsching, die die Betreiber schon mehrfach stilllegen
93 wollten nun wieder am Strommarkt teilnehmen.
- 94 • Die bestehenden Gaskraftwerke (z.B. in Irsching) stehen weitgehend still,
95 weil sie im Strommarkt, der von erheblichen Kraftwerksüberkapazitäten
96 geprägt ist, keine Chance haben. Gaskraftwerke haben derzeit deutlich
97 höhere Grenzkosten als Atom- und Kohlekraftwerke und haben daher an der
98 Strombörse nur eine Chance bei sehr hohem Strombedarf. Viele Gaskraftwerke
99 in Bayern arbeiten defizitär und werden nur auf Anordnung durch die
100 Bundesnetzagentur von der Stilllegung abgehalten.
- 101 • Es gibt in Bayern noch zwei größere Steinkohlekraftwerke, die jedoch
102 aufgrund der oben beschriebenen veränderten Situation am Gasmarkt
103 erhebliche finanzielle Probleme am Strommarkt haben.

104 Seit 2018 ist Bayern Stromimportland. Bereits über 10 % des Strombedarfs wird
105 importiert. Tendenz steigend. Ein Großteil der Stromimporte kommt aus den
106 norddeutschen Bundesländern, in denen die Stromproduktion aus Wind und
107 Braunkohle den Markt zunehmend dominiert.

108 Die energiepolitische Untätigkeit der Staatsregierung treibt Bayern in eine
109 zunehmende Abhängigkeit von Stromimport. Das ist sogar erklärtes Ziel: Die
110 Staatsregierung strebt an, im Jahr 2025 etwa 40 bis 50 % des in Bayern
111 benötigten Stroms zu importieren, so die Auskunft des Wirtschaftsministeriums im
112 Jahr 2017 auf eine Anfrage zu Plenum.

113 2. Staatsregierung bremst Energiewende weiterhin

114 Nach einer kurzen Euphorie nach Fukushima ist das Thema Energiewende wieder vom
115 Bildschirm der CSU-Staatsregierung verschwunden. Die Koalition mit den Freien
116 Wählern hat daran nichts Grundlegendes geändert. Die 10H-Regelung, mit der nicht
117 nur Bau und Planung von Windkraftanlagen abgewürgt, sondern auch die Stimmung
118 gegen Windkraft deutlich geschürt wurde, soll nicht geändert werden. Der Ausbau

119 der Photovoltaik erholt sich nur langsam vom kalkulierten Zusammenbruch durch
120 die letzten EEG-Novellen. Biogasanlagen laufen zum großen Teil immer noch rund
121 um die Uhr, obwohl absehbar ist, dass sie zukünftig vor allem in den Stunden
122 gebraucht werden, wenn Wind und Sonne zu wenig Strom liefern. Einige kleinere
123 Initiativen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ändern nichts daran, dass
124 Bayern bei den Erneuerbaren Energien weiter zurückfällt.

125 Zudem fallen ab dem Jahr 2020 allmählich immer mehr Anlagen aus der
126 Vergütungsregelung des EEG. Ohne Perspektiven für einen guten Weiterbetrieb
127 werden viele, technisch funktionsfähige Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen
128 stillgelegt. Es droht sogar ein Rückschritt, wenn die Regierung nicht tatkräftig
129 gegensteuert.

130 3. Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern eine große 131 Herausforderung

132 Weil in Bayern weniger als 5 % des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird, die
133 Gaskraftwerke kaum in den Markt kommen und in der Vergangenheit der größte Teil
134 des Stroms aus Atomkraftwerken kam, sind die CO₂-Emissionen aus dem Strombereich
135 im Vergleich zu anderen Bundesländern in Bayern gering. Im Klimaschutzkonzept
136 der grünen Landtagsfraktion (Link) wurde der Anteil des Strombereichs auf 12 %
137 an den gesamten CO₂-Emissionen berechnet. Kann der Atomstrom nicht durch
138 erneuerbare Energien ersetzt werden, droht ein massiver Anstieg der
139 Treibhausgasemissionen aus dem Strombereich. Dies kann zu einer Verdopplung oder
140 gar Verdreifachung der CO₂ Emissionen pro Jahr führen. Die ohnehin miserable
141 Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals verschlechtern.

142 In den letzten Jahren war der Anteil der CO₂-Emissionen aus der Stromversorgung
143 mit ca. 11 Mio Tonnen im bundesweiten Vergleich gering. Dies wird sich in den
144 kommenden Jahren massiv ändern. Zum einen werden durch den stärkeren Einsatz der
145 Gaskraftwerke die Emissionen in Bayern deutlich zunehmen. Zum anderen werden
146 durch die massiv zunehmenden Stromimporte erhebliche CO₂-Emissionen in anderen
147 Ländern verursacht, die aber in den bayerischen Bilanzen verschwiegen werden.
148 Vor allem durch diesen Punkt wird Bilanz geschönt. Tatsächlich kann dies zu
149 einer Verdopplung oder gar Verdreifachung der CO₂ Emissionen pro Jahr führen.
150 Die ohnehin miserable Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals
151 verschlechtern.

152 Grafik: Verteilung VERTEILUNG DER CO₂-EMISSIONEN IN BAYERN AUF SEKTOREN

153 III. Unsere Ziele im Strombereich: 100 % 154 erneuerbar, möglichst dezentral und in 155 Bürgerhand

156 Für wirksamen Klimaschutz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend.
157 Im Strombereich ist die Technologie am weitesten fortgeschritten.

158 Daher ist unser Ziel im Strombereich ein Dreifaches:

- 159 • 100 % Erneuerbare Energien bis 2030 in Bayern
- 160 • möglichst dezentral
- 161 • und in Bürgerhand

162 Klare Priorität hat der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Klimaschutz
163 als eine der großen Herausforderungen verlangt eine rasche und konsequente
164 Umstellung unserer Stromerzeugung: weg vom nuklear-fossilen Kraftwerkspark hin
165 zu Erneuerbaren Energien.

166 Die Dezentralität ergibt sich einerseits aus der Technologie: Erneuerbare
167 Energien werden in der Fläche gewonnen und sie führen den Flächenbedarf näher an
168 uns heran, als weit entfernte Uran- oder Kohleabbaugebiete, Erdölfelder oder
169 Gasexplorationen. Andererseits ist die Dezentralität aber auch ein Gewinn für
170 die Versorgungssicherheit. Die Stromversorgung gehört heutzutage zur „kritischen
171 Infrastruktur“. Zentrale Versorgungsstrukturen sind wesentlich verletzlicher und
172 damit ist eine dezentrale Stromversorgungsstruktur weniger anfällig gegen äußere
173 Einwirkungen. Meist kann eine dezentrale Energieversorgungsstruktur auch die
174 Effizienzpotenziale (Kraft-Wärme- Kopplung, Sektorenkopplung) besser nutzen.

175 Unserer Meinung nach gehört die Energiewende aus grundsätzlich demokratischen
176 Überlegungen heraus in Bürgerhand. Jahrzehntlang haben in Deutschland einige
177 wenige Stromkonzerne die Entwicklung bestimmt. Erst durch die Anti-Atom- und
178 Umwelt-Bewegung wurden diese Monopole und ihre Politik in Frage gestellt. Ein
179 Wirtschaftszweig, von dem alle Bürger*innen fast existenziell abhängig sind,
180 sollte nicht von wenigen profitorientierten Unternehmen gesteuert werden.

181 IV. Was wir ändern wollen

182 1. Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

183 Wir können in Bayern 100 % unseres heutigen Stromverbrauchs bis 2030 aus
184 Erneuerbaren Energien selbst erzeugen. Im Verbund mit anderen Ländern können wir
185 die Erneuerbare Stromversorgung zu jeder Stunde im Jahr garantieren. Dies stärkt
186 die regionale Wertschöpfung, steigert die Effizienz, reduziert Verluste und
187 erhöht die Versorgungssicherheit. Mit Blick auf die Pariser Klimaziele wollen
188 wir unser vorhandenes technisches Know-how für eine erfolgreiche Energiewende
189 allen Ländern zur Verfügung stellen.

190 Windenergie

191 Der größte Nachholbedarf besteht bei der Windenergie. Dazu muss die 10H-Regelung
192 (vereinfacht gesagt, die Auflage, dass Windkraftanlagen den 10-fachen Abstand
193 ihrer Höhe zum nächsten Wohnhaus aufweisen müssen) schnell aufgehoben werden.
194 Die 10H-Regelung hat zahlreiche Windkraftprojekte abgewürgt. Vor allem hat sie
195 auch eine Stimmung gegen Windkraft im Land mobilisiert. Wir wollen die 10H-
196 Regelung ersatzlos abschaffen. Gute Planungen ermöglichen einen Ausbau der
197 Windkraft in Bayern und halten negative Auswirkungen auf Mensch und Natur, etwa
198 durch Lärm, Schattenwurf oder Vogelschlag, gering.

199 Eine Mischung aus Destruktion und staatlich verordneter Angstmacherei haben den
200 Ausbau der Windenergie in Bayern faktisch zum Erliegen gebracht. Während der
201 Bund zumindest Anzeichen macht, die rechtlichen Rahmenbedingungen
202 windkraftfreundlicher anzupassen, beharrt die Söder-Regierung weiterhin auf die
203 windkraftfeindliche 10H-Regelung. Allein das Festhalten an diesen starren und
204 überzogenen Mindestabständen erzeugt im Land ein Schutzbedürfnis, dem die
205 kommunalen Mandatsträger*innen machtlos gegenüber stehen.

206 Wir brauchen eine windkraftfreundliche Aufbruchsstimmung, müssen die 10H-
207 Regelung ersatzlos streichen und zurückkehren zu einer übergeordneten Steuerung
208 des Windkraftausbaus auf regionaler Ebene. Die Landes- und Regionalplanung soll,
209 wie in den Jahren vor Einführung der 10H-Regelung, wieder aktiv mit den Kommunen
210 Flächen für die Windkraft identifizieren und vorhalten. Dazu werden die
211 Kompetenzen und die finanzielle Ausstattung der regionalen Planungsverbände
212 gestärkt. Wir wollen 2 % der Landesfläche für Windkraftnutzung zur Verfügung
213 stellen. Den Bayerischen Staatsforsten wollen wir volle Rückendeckung beim
214 Ausbau der Windenergie geben. Mögliche Konflikte vor Ort wollen wir durch Mobile
215 Mediations-Teams auflösen.

216 ##Überarbeiten##

217 Durch eine sogenannte De-minimis-Regel, die es erlaubt, kleineren Windparks auch
218 ohne Ausschreibungsverfahren eine EEG-Vergütung zu bekommen, können kleinere
219 Projekte ohne den Aufwand des Ausschreibungsverfahrens einfacher realisiert
220 werden. Insgesamt soll das jährliche Ausschreibungsvolumen auf Bundesebene auf
221 mindestens 5.000 Megawatt angehoben werden. Bei den Ausschreibungen soll durch
222 eine regionale Quote (bzw. durch Regionalausschreibungen oder durch Änderungen
223 der Bestimmungen des Referenzertragswerts) der Bau von Windkraftanlagen im Süden
224 gezielt vorangetrieben werden.

225 ÄA 34 Entwurf Text neu:

226 Den Schutz von Mensch und Natur erreichen wir durch klare Schutzvorschriften,
227 deren Einhaltung bei jedem einzelnen Projekt geprüft werden müssen. Während
228 anfängliche Probleme wie Schatten- und Eiswurf, Blendeffekte oder Lärmemissionen
229 technisch mittlerweile gelöst sind, wollen wir im Schulterschluss mit
230 Umweltverbänden an der Ausarbeitung naturschutzfachlicher Vorgaben mitwirken.
231 Unser erklärtes Ziel ist die Vereinbarung der Windkraft mit einer Erholung der
232 Bestände gefährdeter Vogel- und Fledermausarten.

233 #/#

234 Auf Bundesebene wollen wir uns – anders als die Söder-Regierung – aktiv für
235 Verbesserungen der Windenergie einsetzen: Die Erleichterung von
236 Genehmigungsverfahren und Vereinfachung von Klagemöglichkeiten sind ohne
237 Abstriche beim Schutz von Mensch und Natur machbar. Die Ausbauziele wollen wir
238 dem 1,5°-Ziel anpassen. Den Süden wollen wir durch eine Regionalquote
239 besserstellen. Die Flächensicherung bei dem Ersatz alter Windräder durch
240 effiziente und moderne Anlagen wollen wir bei Beachtung aller Schutzbestimmungen
241 vereinfachen.

242 Ohne 10H-Regelung, dafür aber mit klaren rechtlichen Schutzbestimmungen, mit
243 angemessenen Ausbauzielen und einer De-minimis-Regelung kann Bayern als größtes
244 Flächenland seinen Beitrag zum Ausbau der Windenergie leisten und damit auch die
245 in Bayern angesiedelte Windkraftindustrie stärken. Wenn wir es schaffen, pro

246 Jahr in jedem Landkreis lediglich 2-3 Windräder zu errichten, erreichen wir
247 unser Ziel von insgesamt 10 Gigawatt installierter Leistung bis 2030. Das ist
248 sauberer Windstrom für etwa 5 Mio. Haushalte und damit nahezu alle Haushalte in
249 Bayern.

250 Solarenergie

251 Sonnenstrom ist günstig, klimafreundlich und leicht zu erzeugen. Also wollen wir
252 mehr davon. Aufgrund der einfachen Technik ist es die ideale Bürger*innen-
253 Energie. Es fehlt allein der politische Wille, die ungenutzten Potenziale
254 auszuschöpfen. Wir wollen sämtliche Hürden abbauen. Dazu gehört die Abschaffung
255 aller Abgaben und Umlagen für Dachanlagen mit einer Leistung von bis zu 30
256 Kilowatt ebenso wie die Einführung einer Solarpflicht für neue Gebäude oder
257 solche, die umfangreich saniert werden. Unsere Dächer in den Städten können wir
258 nutzen, wenn wir das Mieterstromgesetz von allen Bremsklötzen befreien und
259 tatsächlich anwenderfreundlich machen.

260 Bayern kann unabhängig vom Bund nicht nur bei der Solarpflicht vorangehen: In
261 einer ersten großen Ausbau-Offensive wollen wir alle Schulgebäude mit
262 Photovoltaik-Anlagen ausstatten. Dies dient nicht zuletzt der Umweltbildung.
263 Parallel wollen wir alle staatlichen Gebäude für die Erzeugung von Sonnenstrom
264 nutzen.

265 Wir wollen aber auch auf unseren Äckern und Wiesen mehr Sonnenstrom erzeugen. In
266 Abstimmung mit der Landwirtschaft und den Umweltverbänden lockern wir die
267 restriktiven Vorgaben, an welchen Stellen Solarfelder errichtet werden dürfen.
268 Das bedeutet Zweierlei: Zum Einen wollen wir die Kommunen dazu ermächtigen,
269 Flächen selbstständig auszuweisen, ohne dass der Anspruch auf EEG-Vergütung
270 entfällt. Auf der anderen Seite wollen wir die Bäuerinnen und Bauern fördern,
271 die sich für innovative Lösungen wie der Agro-PV entscheiden oder die ihre
272 bisher landwirtschaftlich genutzten Moorflächen im Zuge der Solarstromerzeugung
273 wiedervernässen. Mit gesonderten Regelungen für verpachtete Äcker wollen wir dem
274 Anstieg der allgemeinen Pachtpreise entgegenwirken.

275

276 Unter diesen Voraussetzungen und mit einer Anhebungen der Ausbauziele auf
277 Bundesebene können wir die Photovoltaik bis 2030 auf 30 Gigawatt installierter
278 Leistung verdreifachen.

279 Biomasse

280 Das Potenzial bei der Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse ist weitgehend
281 ausgeschöpft. Zwei wesentliche Punkte sind jedoch zu korrigieren:

282 Strom aus Biogasanlagen ist eine feste Größe im bayerischen Strommix. Aber weil
283 das Potenzial weitestgehend ausgeschöpft ist, setzen wir uns dafür ein, den
284 aktuellen Bestand von knapp 1,4 Gigawatt installierter Leistung zu halten. Die
285 dafür notwendige Förderung kann unter dieser Prämisse marktwirtschaftlich
286 ermittelt werden, solange sichergestellt ist, dass die Anlagen nur dann laufen,
287 wenn Sonne und Wind wenig Energie liefern.

288 Zum einen müssen die Biogasanlagen stärker ökologisiert werden. Wir setzen uns
289 dafür ein, dass mehr Reststoffen und Gülle und weniger Mais eingesetzt werden.
290 Mais soll neben Reststoffe und Gülle auch von anderen Energiepflanzen ersetzt
291 werden, wie z.B. die durchwachsene Sylphie. Wir wollen auch bei den
292 Energiepflanzen die Fruchtfolge fördern.

293 Im Vergleich zum Maisanbau für tierische Lebensmittelproduktion (2/3) ist der
294 Maisanteil zur Stromgewinnung (1/3) vergleichbar. Gleichwohl wollen wir uns für
295 eine stärkere Ökologisierung einsetzen, diese betrifft vor allem Gebiete. Dabei
296 setzen wir den Fokus auf den Einsatz von Reststoffen und Gülle sowie auf eine
297 breitere Einführung von alternativen Energiepflanzen, die der Artenvielfalt
298 zuträglicher sind.

299 Zum allergrößten Teil werden die bayerischen Biogasanlagen von
300 landwirtschaftlichen Betrieben unterhalten. Diese wollen wir zusätzlich durch
301 die Förderung von Nahwärmenetzen in geeigneten ländlichen Regionen unterstützen,
302 um die maximale Energie herauszuholen. In geeigneten Fällen kann auch die
303 Entkopplung der Biogaserzeugung von der Verstromung in Betracht gezogen werden.
304 Mit der Einbindung in Wärme- oder Gasnetze, einer verlässlichen Förderung für
305 den erzeugten Strom und langanhaltender Planungssicherheit stärken wir unsere
306 Bäuerinnen und Bauern.

307 Wasserkraft

308 Die historisch gewachsene Wasserkraft ist von großer Bedeutung für Bayern.
309 Eingebettet in eine Strategie zur allgemeinen Erfüllung der
310 Wasserrahmenrichtlinie wollen wir eine umfassende Ökologisierung vor allem der
311 kleinen Wasserkraft vorantreiben. Der ökologische Umbau mittels Fischaufstiegen,
312 neuen Turbinen-Technologien und Renaturierungsmaßnahmen muss durch eine
313 angemessene Vergütung finanziert werden können. Die wertvolle Stromerzeugung aus
314 Wasserkraft und der Schutz unserer Gewässer muss es uns wert sein, die Kosten
315 für eine ökologische Verbesserungen als Gesellschaft zu tragen.

316
317 Die Veröffentlichung eines Wasserkrafterlasses, der als Genehmigungsleitfaden
318 Stromerzeugung und Gewässerökologie in Einklang bringt, muss trotz großer
319 Differenzen zwischen den betroffenen Verbänden mit mehr Einsatz vorangetrieben
320 werden.

321 Geothermie

322 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im
323 Wärmebereich. Hier gilt es sie stark zu fördern. Der Beitrag der geothermischen
324 Stromerzeugung wird insgesamt jedoch überschaubar bleiben. Dennoch wollen wir
325 sie gerade im Voralpenland in Kombination mit einer regenerativen Wärmeerzeugung
326 fördern. Die tiefe Geothermie ist eine ständig verfügbare Energiequelle und kann
327 ein auf Sonne und Wind ausgerichtetes Stromsystem gut ergänzen. Die größten
328 wirtschaftlichen

329 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im
330 Wärmebereich. Um den Ausbau voranzubringen, wollen wir den meist kommunalen
331 Betreibern mit Bürgschaften für Probebohrungen unter die Arme greifen. Durch die
332 Förderung von Wärmenetzen kann die Geothermie ebenfalls über Bande gestärkt
333 werden. Sollte an besonders geeigneten Stellen auch eine Stromerzeugung möglich
334 und wirtschaftlich sein, so ist dies zu unterstützen.

335 2. Effizienzpotenziale heben

336 Die sauberste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt bzw. verbraucht wird.
337 Und gerade weil der Stromverbrauch durch neue Anwendungsbereiche – beim Heizen
338 unserer Gebäude, durch die Elektromobilität und zur Herstellung von grünem

339 Wasserstoff – künftig steigen wird, müssen wir den klassischen Stromverbrauch
340 nachhaltig senken. Einen besonderen Anreiz für die energieintensive Industrie
341 können wir hier durch die Neugestaltung der Befreiung von EEG-Umlage und
342 Netzentgelten erreichen.

343 Im Bereich der Haushalte und des Gewerbes ist vor allem Information, Beratung
344 und Unterstützung erforderlich. Wir wollen regionale Energieagenturen aufbauen
345 und kommunale Klimaschutzbeauftragte fördern, die Kommunen, Unternehmen und
346 Privatpersonen beraten und Stromsparkampagnen initiieren. Sie werden unterstützt
347 von einer landesweiten Energieagentur. Haushalte mit wenig Einkommen wollen wir
348 direkt beim Erwerb stromsparender Geräte unterstützen.

349 Die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen und sämtliche
350 Einsparmöglichkeiten beim eigenen Energieverbrauch ermitteln und nutzen. Die
351 Kommunen wollen wir hierbei unterstützen. Die Förderprogramme des Freistaats und
352 die Beschaffungsleitlinien sollen sich wesentlich am Ziel der Strom- bzw.
353 Energieeinsparung orientieren.

354 3. KWK in Bayern mehr nutzen

355 Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine der effizientesten
356 Stromerzeugungsmöglichkeiten. Die KWK-Anlagen werden in den meisten Fällen mit
357 Erdgas betrieben, können aber natürlich auch mit Biomasse oder zunehmend mit
358 erneuerbarem Gas befeuert werden. Insbesondere in den verdichteten
359 Siedlungsgebieten und in den Gebieten mit gewerblichem bzw. industriellem
360 Wärmebedarf sehen wir sinnvolle Anwendungen für den Ausbau der KWK.

361 Die KWK-Anlagen sind einerseits eine Übergangstechnologie für den Zeitraum eines
362 schnellen Atom- und Kohleausstiegs, gleichzeitig aber auch eine langfristige
363 Zukunftstechnologie für die Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Biogas oder
364 Power-to-gas.

365 Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die KWK
366 verbessert werden und die bestehende Förderung zeitlich verlängert wird.

367 In Bayern wollen wir ein flächendeckendes Wärme- und Kältekataster erarbeiten um
368 den Bau von KWK-Anlagen zu unterstützen. Mit einer Informationskampagne für
369 potenzielle Investoren sollen die Vorteile der KWK bekannter gemacht werden.

370 In staatlichen Bestandsgebäuden und kommunalen Liegenschaften ist der Bau von
371 KWK-Anlagen zu verstärken. Ab einem bestimmten Wärmebedarf sind bei
372 energetischen Sanierungen KWK-Anlagen eine sehr gute Möglichkeit den Wärmebedarf
373 zu decken und gleichzeitig Strom zu erzeugen. Erstes Ziel bleibt aber immer den
374 Verbrauch erstmal soweit als möglich zu senken und den Restbetrag mit
375 erneuerbaren Energien (v.a. Solar- oder Geothermie) direkt zu decken. Erst
376 danach ist über eine KWK Anlage nachzudenken.

377 4. Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur 378 in Bayern

379 Die beiden noch laufenden Atomkraftwerke in Bayern sind nicht nur ein enormes
380 Sicherheitsrisiko und ein ständiger Produzent von hochradioaktivem Atom Müll,
381 sondern sie behindern darüber hinaus sehr stark die Energiewende. Weil sie

382 schwerfällig zu regulieren sind, werden sie auch betrieben, wenn die
383 Erneuerbaren Energien die Stromversorgung in Bayern alleine übernehmen könnten.
384 Das passiert in den Sommermonaten, insbesondere an Wochenenden, immer häufiger.
385 Dieses Überangebot führt dazu, dass der Strompreis immer öfter in den negativen
386 Bereich rutscht. In weit über 100 Stunden im Jahr können große Stromverbraucher
387 Strom nicht nur kostenlos verbrauchen, sondern bekommen auch noch „Prämien“
388 dafür. Komplett abwegig wird es durch die geplante Neuregelung im EEG 2021. Bei
389 negativen Strompreisen sollen dafür dann aber erneuerbare Energien-Anlagen keine
390 Vergütung mehr für ihren sauberen Strom erhalten.

391 Wir halten es für sinnvoll die beiden Atomkraftwerke schneller stilllegen als im
392 Atomgesetz vorgesehen. Insbesondere der letzte deutsche Siedewasserreaktor, der
393 Block Gundremmingen C, ist aus unserer Sicht ein vollkommen überflüssiges
394 Sicherheitsrisiko. Seine Stromproduktion könnte problemlos von bestehenden
395 bayerischen Gaskraftwerken übernommen werden.

396 Wir wollen eine rasche und gründliche Sicherheitsüberprüfung für Gundremmingen
397 und werden keinen Sicherheitsrabatt für die letzten Betriebsjahre geben.

398 Wegen der jahrzehntelangen, sehr einseitigen Ausrichtung auf Atomkraftwerke gibt
399 es in Bayern nur zwei Kohlekraftwerke: das Heizkraftwerk München Nord und ein
400 Kohlekraftwerk in Zolling. Das Kohlekraftwerk Zolling sollte unseres Erachtens
401 zügig aus dem Markt genommen werden, da es durch bestehende Gaskraftwerke
402 ersetzt werden kann. Es reicht vollkommen aus, wenn es als „systemrelevantes
403 Kraftwerk“ als Reserve in netzkritischen Zeiten zur Verfügung steht. Der Ersatz
404 durch ein Gaskraftwerk mit der Option des Einsatzes erneuerbaren Gases sollte
405 geprüft werden.

406 Der Ersatz des Kohlekraftwerks München Nord ist umfassender zu planen, da das
407 Kraftwerk auch einen wesentlichen Teil der Fernwärmeversorgung Münchens abdeckt,
408 sollte zügig vorangetrieben werden. Eine umweltfreundliche Umstellung der
409 Fernwärmeversorgung erfordert neue Investitionen, etwa in Geothermieprojekte,
410 Abwärmenutzung, erneuerbare Wärmequellen, Wärmespeicher oder Gaskraftwerke.

411 In der aktuellen energiewirtschaftlichen und politischen Situation wird sich
412 Bayern in den nächsten Jahren massiv von Stromimporten abhängig machen. In
413 Bayern werden Atomkraftwerke abgeschaltet und Erneuerbare Energien ausgebremst
414 Auch in näherer Zukunft wird im bundesweiten Vergleich der Anteil der
415 Erneuerbaren Energien an der bayerischen Stromversorgung unterdurchschnittlich
416 sein. Die Überkapazitäten an fossilen und nuklearen Kraftwerken führen zu
417 niedrigen Strompreisen an der Strombörse und führen in der Konsequenz dazu, dass
418 Bayern Strom aus Norddeutschland in erheblichen Umfang importieren wird. Dies
419 ist teilweise Windstrom, aber auch Braunkohlestrom. Die Staatsregierung geht
420 davon aus, dass im Jahr 2025 fast 50 % des Stroms importiert wird. In
421 Spitzenzeiten hätten wir dann eine Importabhängigkeit von 70/ 80 %. Diese starke
422 Importabhängigkeit halten wir für falsch.

423 Ein zügiger Ausstieg aus der Kohle ist daher auch in bayerischem Interesse, aus
424 drei Gründen:

- 425 • Der CO₂-Ausstoss geht zurück.
- 426 • Die bestehenden modernen Gaskraftwerke kommen in den Markt.
- 427 • Die Importabhängigkeit Bayerns sinkt.

428 Darum setzen wir uns auch aus bayerischem Interesse für einen schnellen Ausstieg
429 aus der Kohleverstromung ein.

430 5. Netze anpassen

431 Die Stromversorgungsstruktur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Die
432 Bedeutung großer zentraler Kraftwerke sinkt und eine Fülle dezentraler
433 Stromerzeuger tritt in den Markt ein. Das verlangt auch einen Umbau der
434 Infrastruktur im Bereich der Stromverteilung und -übertragung.

435 Der größte Anpassungsbedarf ist auf Ebene der Verteilnetze. Hier wurde in den
436 letzten Jahren schon erheblich investiert. Im Zuge des weiteren Ausbaus der
437 Erneuerbaren Energien muss darauf geachtet werden, dass der Ausbau der
438 Verteilnetze damit Schritt halten kann. Dazu sind auf Bundesebene Änderungen im
439 rechtlichen Ordnungsrahmen nötig. So gilt es den Verteilnetzbetreibern (z.B. den
440 Stadtwerken) die Möglichkeiten des Einsatzes von Stromspeichern generell zu
441 ermöglichen.

442 Um bei wachsenden Anteilen Erneuerbarer Energien die Versorgungssicherheit zu
443 gewährleisten, müssen Energieerzeugung, Energietransport, Energiespeicherung und
444 Energieverbrauch intelligent und effizient miteinander verknüpft werden. Durch
445 eine netzorientierte Steuerung flexibler Verbrauchseinrichtungen kann der
446 Netzausbau auf der Niederspannungsebene auf ein volkswirtschaftlich effizientes
447 Maß begrenzt werden und sichert ein optimales Last- und Einspeisemanagement zur
448 Verringerung unnötiger Netzmanagementkosten. Dieses flexible Energiesystem der
449 Zukunft kann nur funktionieren, wenn mehr Akteure, (Letztverbraucher, Erzeuger,
450 Versorger, Netzbetreiber) miteinander vernetzt werden. Dies erfordert stärkere
451 Digitalisierung des gesamten Energiesystems. Eine großräumigere Verteilung von
452 Strom ist sinnvoll, weil es im Laufe des Jahres häufig regionale
453 Stromüberproduktionen geben wird. In der Regel ist es volkswirtschaftlich
454 ökonomischer und ökologischer diese regionalen Überproduktionen durch ein
455 Leitungssystem erstmal dorthin zu verteilen, wo zu diesem Zeitpunkt Strombedarf
456 herrscht. Erst wenn der aktuelle Bedarf gedeckt ist, sollte überschüssiger Strom
457 möglichst verlustarm gespeichert werden. Daher halten wir – neben anderen
458 Argumentationen, wie z.B. der Netzstabilität – den geplanten Bau von HGÜ-
459 Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland im bisher geplanten Umfang für
460 sinnvoll. Die von der EU geplanten Ausweitungen des europäischen Stromhandels
461 sehen wir kritisch und sollten auf ihre ökonomischen und ökologischen
462 Konsequenzen überprüft werden.

463 6. Speicherkapazitäten errichten

464 Die beiden großen Säulen der Energieversorgung der Zukunft sind Sonne und Wind.
 465 Da diese nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen, gewinnt die Frage der
 466 Stromspeicherung zunehmend an Bedeutung. Es gibt unterschiedliche
 467 Stromspeichertechnologien und unterschiedliche Bedarfe. Für eine Vollversorgung
 468 mit Erneuerbaren Energien werden aller Voraussicht nach verschiedene
 469 Technologien zum Einsatz kommen.

470 In den nächsten Jahren ist vor allem die Kurzzeitspeicherung von Strom über
 471 einige Stunden oder Tage von Bedeutung, z.B. um Solarstrom vom Tag am Abend und
 472 in der Nacht zu nutzen, oder auch um Windstrom zu speichern, der oft nachts
 473 produziert wird und dem kein entsprechender Bedarf gegenübersteht.

474 Für die kurzfristige Speicherung bieten sich vor allem Batteriespeicher und
 475 Pumpspeicherkraftwerke an. Beide Technologien haben ihre spezifischen Vorteile.
 476 Welche davon sich ökonomisch durchsetzen wird, ist derzeit nicht absehbar, zumal
 477 die Rahmenbedingungen für beide Technologien nicht gleich sind.

478 Bayern hat eine große Zahl von Gebieten, die für die Nutzung durch
 479 Pumpspeicherkraftwerke geeignet sind. Mögliche Standorte sind im
 480 Genehmigungsverfahren eingehend unter ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.
 481 Zur Realisierung sind aber auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen zu
 482 verändern. Der Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken ist in den letzten Jahren
 483 wenig lukrativ geworden. So wird beispielsweise in Bayern das bestehende
 484 Pumpspeicherkraftwerk Happburg aus ökonomischen Gründen derzeit nicht repariert.

485 Wir wollen die von der Staatsregierung vorgelegte Untersuchung von möglichen
 486 Pumpspeicherkraftwerken unter ökologischen Gesichtspunkten vergleichend bewerten
 487 und anschließend die Planung von Pumpspeicherkraftwerken in die Landesplanung
 488 aufnehmen.

489 Aufgrund der hohen Investitionskosten und der langen Nutzungszeit von
 490 Pumpspeicherkraftwerken sind eine Harmonisierung der rechtlichen
 491 Rahmenbedingungen zwischen Deutschland, Österreich und Schweiz von grundlegender
 492 Bedeutung, um Investitionssicherheit für potenzielle Investor*innen zu schaffen.
 493 Ferner ist anzustreben, dass Stromspeicher auch als Regelenergieanbieter im
 494 Markt tätig werden können.

495 Auch die Nutzung der bestehenden privaten Speicher im Schwarmmodell muss
 496 erleichtert werden.

497 Mittel- und langfristig wird die Speicherung über längere Zeiträume nötig
 498 werden, wenn wir die Stromversorgung klimaneutral gestalten wollen, nicht
 499 zuletzt, weil auch die sogenannte „Dunkelflaute“ gemanagt werden muss. Durch die
 500 Zunahme des Stromverbrauchs im Zuge der Sektorkopplung (siehe 4h) wird es v.a.
 501 im Winter zu hohen Bedarfsspitzen kommen. Eine jahreszeitliche Speicherung mit
 502 chemischen Speichern ist deshalb notwendig.

503 Für diese längerfristige Speicherung wird aller Voraussicht nach kein Weg an der
 504 Wasserstoff-Technologie bzw. an der „Power-to-gas-Technologie“ (PtG)
 505 vorbeigehen. Wir müssen heute damit beginnen, diese Zukunftstechnologie in der
 506 Praxis einzusetzen, um Wirkungsgrade weiter zu steigern und v.a. Kosten zu

507 reduzieren. Moderne PtG Anlagen können heute bei der Wasserstoffherstellung
508 bereits einen Wirkungsgrad von bis zu 75 % erreichen.

509 7. Flexibilitäten entwickeln

510 Ein großes systemisches Problem der Energieversorgung auf Basis erneuerbarer
511 Energien ist die Tatsache, dass der Stromverbrauch und das Angebot an Wind- und
512 Sonnenenergie zeitlich nicht synchron laufen. Es wird also Zeiten geben, mit
513 einem hohen Angebot an Wind- und/oder Solarstrom bei gleichzeitigem geringen
514 Bedarf und umgekehrt Zeiten mit einem sehr geringen Angebot an Wind- und
515 Solarstrom und einem vergleichsweise hohen Bedarf, vielleicht sogar über mehrere
516 Wochen. In der Fachwelt spricht man von einer sog. „Dunkelflaute“.

517 Daher liegt ein wesentlicher Baustein der zukünftigen Energieversorgung in der
518 Entwicklung von Flexibilitäten, sowohl beim Stromverbrauch, wie bei der
519 Stromeinspeisung.

520 Für die Flexibilitäten stehen verschiedene Technologien zur Verfügung, wie z.B.
521 flexibel einspeisende Biogasanlagen oder Wasserkraftwerke, Stromspeicher der
522 verschiedenen Arten, KWK-Anlagen oder schnell einsetzbare Gaskraftwerke. Die
523 Flexibilität ist aber nicht nur auf der Stromangebotsseite sinnvoll, sondern
524 auch auf der Nachfrageseite.

525 Eine wichtige Baustelle der Zukunft wird es sein, auch die Nachfrage nach Strom
526 teilweise dem Angebot anzupassen. Also dann mehr Strom zu verbrauchen, wenn
527 Strom im Überfluss (und billig) zur Verfügung steht, und weniger zu verbrauchen,
528 wenn er knapp (und teuer) ist. Das ist bei Kühlprozessen oder auch bei
529 hochautomatisierter Fertigung bereits heute möglich. Der erste Schritt wäre die
530 umfassende Einführung von lastvariablen Tarifen. Dann würden die Verbraucher
531 belohnt, die ihr Stromverbrauch der Angebotsseite anpassen und z.B. dann ihr
532 Auto laden, wenn Strom ausreichend zur Verfügung steht.

533 Es fehlt nicht an der Technologie, sondern vielmehr an den wirtschaftlich-
534 rechtlichen Rahmenbedingungen. Das in vielen Untersuchungen ermittelte Potenzial
535 des „Lastmanagement“ lohnt sich kaum, wenn durch vorhandene Überkapazitäten am
536 Strommarkt der Strompreis an der Börse bei 2 oder 3 Cent/kWh liegt.

537 Daher ist ein Kohleausstieg auch nötig, damit sich ein Markt für Flexibilität
538 überhaupt entwickeln kann, in dem dann verschiedene Technologien, aber auch
539 Marktmechanismen wirken können. Dazu ist es wichtig, dass die Preissignale, die
540 derzeit an der Strombörse gebildet werden, auch tatsächlich bei den
541 Verbraucher*innen ankommen. Denn heute verdient vor allem der Stromversorger
542 daran, wenn viel Wind weht und er den Strom billig einkaufen kann, während die
543 Haushalte vollkommen unabhängig davon immer den gleichen Preis pro kWh bezahlen
544 müssen.

545 Teil der Flexibilität sind natürlich auch die Stromnetze und Stromspeicher. Mit
546 ihnen ist auch die Möglichkeit für regionale Flexibilitätsmärkte gegeben. (Siehe
547 4e und 4f)

548 Auch die Sektorenkopplung kann in dem Flexibilitätsmarkt eine Rolle spielen, wie
549 im nächsten Kapitel erläutert wird.

550 8. Sektorenkopplung anschieben

551 In der Vergangenheit wurden die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität meist
552 getrennt betrachtet. Die Trennung dieser Bereiche löst sich allmählich auf. Ein
553 wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die Elektromobilität, weil gerade im
554 privaten Bereich viele E-Auto-Batterien auch durch die eigene PV-Anlage geladen
555 werden. Immer öfter wird auch diskutiert, ob E-Auto-Batterien auch vom
556 Stromversorger zur Speicherung genutzt werden können. Zunehmend häufiger wird
557 auch billiger „Überschussstrom“ genutzt um Wärme zu erzeugen, welche dann auch
558 gut gespeichert werden kann.

559 Wärmepumpen sind heute die häufigste Art der Beheizung von neugebauten
560 Wohnhäusern. Die Grenzen der alten Einsatzbereiche von Strom lösen sich also
561 immer stärker auf.

562 Sowohl unter Effizienzgesichtspunkten, aus Klimaschutzgründen aber auch aus
563 Gründen der volkswirtschaftlichen Rentabilität sind viele Beispiele der
564 Sektorenkopplung sinnvoll. So kann es oft effizienter sein, mit „überflüssigem“
565 Windstrom Gebäude zu beheizen, anstatt ihn aufwändig zu speichern. In welchen
566 Fällen die Sektorenkopplung sinnvoll ist, hängt entscheidend von der Art und
567 Weise ab, wie der „Ausgangstrom“ produziert wurde. Daher wollen wir
568 Sektorkopplung vorrangig dort unterstützen, wo Erneuerbarer Strom eingesetzt
569 wird.

570 Da in den letzten Jahren die energiepolitischen Rahmenbedingungen oft geändert
571 wurden und wenig verlässlich waren, sind Investitionen in diesem Bereich mit
572 einem gewissen Risiko behaftet. Ein klarer und verlässlicher Rechtsrahmen kann
573 und muss daher die Investitionssicherheit schaffen. (zu den rechtlichen
574 Rahmenbedingungen siehe auch 4k)

575 9. Staat und Kommunen werden Vorbilder

576 Die Energiewende ist in den erfolgreichen Jahren vor allem eine
577 Bürgerenergiewende gewesen. Die traditionelle Energiewirtschaft und in ihrem
578 Gefolge die Regierungsparteien der letzten Jahre von CDU, CSU, SPD und FDP haben
579 sich der Energiewende widersetzt. Erst nach dem Atomunfall von Fukushima haben
580 sich auch die Unionsparteien, wenn auch zum großen Teil nur halbherzig, zur
581 Energiewende bekannt.

582 Für die Umsetzung der Energiewende ist es von großer Bedeutung, dass sich die
583 staatlichen Stellen nicht nur verbal, sondern auch durch aktives Handeln für
584 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz engagieren.

585 Dabei geht es vor allem um das Handeln in eigenen Bereich. Wir wollen, dass die
586 Dachflächen der staatlichen Gebäude zur Nutzung der Sonnenenergie vollständig
587 genutzt werde. Die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude muss
588 vorangetrieben und dabei auch alle Möglichkeiten der Stromeinsparung und der
589 effizienten Stromnutzung umgesetzt werden. Der Restbedarf an Raumwärme soll über
590 100 % erneuerbare Energien erfolgen.. Bei der Beschaffung bzw. Ausschreibung von
591 Gütern und Dienstleistungen müssen ökologische Kriterien, wie etwa der
592 Energieverbrauch über den gesamten Lebenszyklus, stärker berücksichtigt werden.
593 Alle staatlichen Gebäude sollen zukünftig mit echtem Ökostrom aus jüngeren EE-
594 Anlagen beliefert werden.

595 Wir wollen, dass der Freistaat die Kommunen unterstützt, damit auch diese in
596 ihren Liegenschaften die Energiewende zügig umsetzen. Dafür wollen wir
597 flächendeckend vom Land finanzierte kommunale Klimaschutzmanager*innen
598 einsetzen.

599
600 Unser Ziel ist eine in der Gesamtbilanz klimaneutrale Öffentliche Hand bis 2030.

601 10. Die Energiewende – Eine Frage der Gerechtigkeit und 602 Zusammenarbeit

603 Wir machen die Energiewende zu einem Gewinn für alle. Während der Ausbau
604 Erneuerbarer Energien zwar allgemein von den allermeisten Menschen befürwortet
605 wird, sieht die Mehrheit einen Mangel an Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten.
606 Unabhängig der Alters-, Einkommens- oder Bildungsgruppe wird die Energiewende in
607 ihrer jetzigen Umsetzung mehrheitlich als ungerecht empfunden.

608 Wir wollen die Energiewende auf zwei Ebenen gerechter machen: Zunächst setzen
609 wir uns dafür ein, dass gerade die Menschen, die nicht aktiv an der Energiewende
610 teilhaben können, trotzdem von ihr profitieren. Dazu müssen wir die Kosten der
611 Energiewende neu verteilen. Indem wir die Ausnahmen für die energieintensive
612 Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage zurückfahren, die Einnahmen aus dem
613 CO₂-Emissionshandel gezielt den einkommensschwachen Haushalten rückführen und
614 einen Teil der EEG-Vergütung aus dem Haushalt finanzieren, verhindern wir
615 ungleiche Belastungen. Mit einem funktionierenden Mieterstromgesetz sollen
616 künftig auch Menschen ohne Eigenheim von günstigem Solarstrom profitieren.

617 Durch passgenaue Förderprogramme wollen wir den Ersatz stromhungriger Geräte in
618 den Haushalten ermöglichen, die sich keine effizienten Neuanschaffungen leisten
619 können. Und durch den Ausbau von Energieagenturen in allen Landkreisen und
620 kreisfreien Städten schaffen wir ein Beratungsangebot für mehr
621 Verbraucher*innenschutz in ganz Bayern. Ein dazugehöriges Unterstützungs- und
622 Vermittlungsprogramm bei drohenden Stromsperrern soll Energiearmut verhindern.

623 Auf der zweiten Ebene wollen wir mit eben jenem Netz an Energieagenturen die
624 Menschen wieder dazu animieren, aktiv an der Energiewende teilzunehmen. Viele
625 Menschen wollen investieren, fühlen sich aber bei der Entscheidung für den
626 richtigen Weg überfordert. Eine unabhängige Beratung kann sowohl bei der
627 Identifizierung von passenden Förderprogrammen als auch bei der Wahl der
628 richtigen Technologien unterstützen. Die Regionalen Energieagenturen können die
629 Bürger*innenschaft mit den wirtschaftlichen und kommunalen Akteuren näher
630 zusammenbringen. Eine beteiligungsfreundliche Form der Finanzierung von
631 Solaranlagen auf Schuldächern oder Gewerbehallen ist nur ein Beispiel der vielen
632 Vorteile einer solchen Zusammenarbeit.

633 Die Landesenergieagentur wollen wir umbauen, finanziell besser ausstatten, das
634 sie sich viel stärker um den Ausbau regionaler Strukturen kümmert und
635 bürger*innennahe Angebote und Hilfestellungen entwickelt kann.

636 11. Rahmenbedingungen ändern

637 Die Stromwirtschaft hat sich mit der Liberalisierung des Strommarkts 1998
638 deutlich gewandelt. Der Versuch, die Energiewende zu steuern, hat in den

639 vergangenen Jahren zu einer kaum mehr zu überblickenden Gesetzes- und
640 Regelungsflut geführt. Ursache dafür ist die seit Jahren anhaltende Situation,
641 dass in einen – mit fossilen und nuklearen (und steuerlich längst
642 abgeschriebenen) Kraftwerken – übersättigtem Strommarkt jetzt neue, saubere,
643 erneuerbare Technologien gebracht werden sollen. Ohne eine Stilllegung der alten
644 Kraftwerke führt dieser Versuch, den Strommarkt zu lenken, zu einer Fülle von
645 Regelungen. Beispielhaft sei nur genannt, dass im normalen Haushaltsstrompreis
646 mittlerweile acht staatliche Steuern und Umlagen, sowie zwei Netzentgelte
647 enthalten sind. Aber auch für Betreiber von EE-Anlagen ist der bürokratische
648 Aufwand enorm gestiegen.

649 Die Fülle der neuen Regelungen auf Bundesebene haben zu einer
650 Unübersichtlichkeit der Regelungen geführt, die für alle beteiligten Unternehmen
651 einen immensen Aufwand ausgelöst haben. Beispielhaft dafür steht das EEG,
652 welches mit über 100 Paragraphen zu einem bürokratischen Ungetüm mit
653 undurchschaubaren Vorschriften verkommen ist.

654 Es fehlt an einer klaren Orientierung zum Klimaschutz.

655 Wir unterstützen daher die Idee einer nationalen CO₂-Abgabe, die Schluss macht
656 mit tausenden Einzelregelungen. Eine nationale CO₂-Abgabe ist deshalb ein gutes
657 Instrument, weil sie sich an den tatsächlichen Verursachern des Treibhauseffekts
658 orientiert und damit sinnvoll lenkend den Markt beeinflusst. Die CO₂-Abgabe ist
659 keine zusätzliche Abgabe, sie ersetzt den bisherigen „Wildwuchs“ an
660 verschiedenen Umlagen im Strombereich. Die CO₂-Abgabe soll zukünftig in
661 vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen, um die Lenkungswirkung voll zu
662 entfalten. Zudem wird die Reduzierung auf eine Abgabe den Bürokratieraufwand
663 deutlich absenken.

664 Wir unterstützen die Bemühungen zu einer CO₂-Bepreisung zu kommen und setzten
665 uns für eine CO₂-Steuer bzw. kurzfristig für eine Änderung der Energiesteuern
666 ein. Diese Besteuerung muss in vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen,
667 um die Lenkungswirkung voll zu entfalten. Die CO₂-Bepreisung muss sich
668 perspektivisch an den zu erwartenden Folgekosten der Treibhausgasemissionen
669 orientieren.

670 Die Kosten für den Umbau des Energiesystems sind nicht gerecht verteilt.
671 Großverbraucher und energieintensive Industrie werden durch verschiedene
672 Regelungen massiv subventioniert. Privathaushalte, Kleingewerbe und Mittelstand
673 tragen die Hauptkosten. Diese Subventionierung einerseits und die ungerechte
674 Verteilung zu Lasten von Privatpersonen und Mittelstand muss schrittweise aber
675 konsequent abgebaut werden.

676 Für Privatpersonen und kleinere Unternehmen sind Investitionen in Erneuerbare
677 Energien in den letzten Jahren unattraktiv geworden, weil der damit verbundene
678 bürokratische Aufwand mit Meldepflichten, steuerlichen Fragen und ähnlichem
679 gewaltig zugenommen hat. Eine Entbürokratisierung für Kleininvestor*innen ist
680 dringend nötig.

681 In Bayern wollen wir ein Bayerisches Klimaschutzgesetz, in dem u.a. auch für den
682 Strombereich klare Zielsetzungen und die Entwicklung von konkreten Maßnahmen
683 gesetzlich verankert werden. Dazu gehört auch, dass Kommunen, die über 5000
684 Einwohner haben, soweit noch nicht erfolgt, ein Klimaschutzkonzept erstellen.

685 Kommunale Klimaschutzmanager füllen die Konzepte mit Leben und beraten die
686 Bürger. Ab einer Größe von 10.000 Einwohner ist eine Vollzeitstelle für einen
687 Klimaschutzmanager einzurichten.

688 V. Global denken, lokal handeln

689 Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien ist machbar,
690 wenn wir nur wollen. Unser heutiges Wirtschaften ist nicht nachhaltig und
691 verschiebt die massiven negativen Auswirkungen auf zukünftige Generationen.

692 Vorstellungen eines grenzenlosen und ewig währenden Wirtschaftswachstums sind
693 mit einer Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien nicht vereinbar. Wir müssen
694 lernen, stärker darauf zu achten, welche Folgen unser Lebensstil auf unsere
695 Umwelt und auf die Umwelt anderer hat und entsprechend anzupassen. Es gilt, eine
696 gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, die sich nicht nur an dem Möglichen
697 orientiert, sondern an dem, was wir als Gesellschaft wirklich brauchen und
698 wollen. Der Gedanke der Suffizienz wird hier eine große Rolle spielen.

699 Die negativen Klimafolgen verstärken sich von Jahr zu Jahr und werden immer
700 unkontrollierbarer. Betroffen sind in besonderem Maße die armen Länder des
701 Südens. Diese Länder haben selbst an der Klimakrise nahezu keine Schuld. Die
702 Lebensbedingungen verschlechtern sich jedoch in ihren Ländern teilweise massiv
703 und die Anzahl der Klimaflüchtlinge steigt an. Fluchtursachen bekämpfen heißt
704 neue, nachhaltige Wirtschaftsweisen zu etablieren, um einerseits diese Länder
705 durch Technologietransfer direkt zu stärken und andererseits aktiven Klimaschutz
706 zu betreiben. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, getreu nach dem Motto:
707 global denken, lokal handeln.

708 **UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN:**

- 709 1. Erneuerbare Energien in Bayern bis 2030 verdoppeln - Abschaffung der 10H-
710 Regel, Einführung Solarpflicht, Ausweisung von Flächen im
711 Landesplanungsgesetz
- 712 2. Änderung der bundesweiten Ausschreibungsbedingungen für Erneuerbare
713 Energien (Ausbaukorridor erhöhen, Regionalisierung einführen und De-
714 Minimis-Regelung ausweiten)
- 715 3. Biomassenutzung flexibilisieren und ökologisieren
- 716 4. Atomausstieg beschleunigen und Kohleausstieg zügig durchziehen
- 717 5. Verteilnetze und Übertragungsnetz den erneuerbaren Energien anpassen
- 718 6. Klare langfristige Rahmenbedingungen für Stromspeicher schaffen
- 719 7. Nationale CO₂-Abgabe einführen (und dafür andere Abgaben abschaffen)
- 720 8. In allen staatlichen Liegenschaften eine vorbildliche Energieversorgung
721 etablieren (z.B. Stromeinsparung, 100 % Erneuerbaren Energien)
- 722 9. Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen
- 723 10. Ein wirksames und verbindliches bayerisches Klimaschutzgesetz
724 verabschieden, welches die Einhaltung des 1,5 °Grad Ziels von Paris
725 sicherstellt.

Begründung

keine